

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 19.02.2015
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Bürgeranregung nach § 24 GO bezüglich Ablehnung von TTIP, CETA und TiSA durch den Rat der Stadt Meerbusch Vorlage: BM/0148/2015	5
3 Bürgeranregung nach § 24 GO NRW zur Gestaltungssatzung Nr. 12 für den Ortskern des Stadtteils Osterath Vorlage: FB4/0165/2015	6
4 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW zur Versetzung der Glas- und Papiercontainer an der Kantstr. 23-27, Meerbusch-Büderich Vorlage: FB1/0163/2015	6
5 Errichtung von Unterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern - Aufhebung des Sperrvermerks - Standortfrage Vorlage: SIM/0158/2015	6
6 IKM - Immobilienkonzept Meerbusch Vorlage: SIM/0164/2015	8
7 Erneuerung der EDV - Verkabelung im Techn. Rathaus, Meerbusch - Lank, Wittenberger Str. 21 Vorlage: SIM/0146/2014	10
8 Einführung der digitalen Gremienarbeit Vorlage: ZD/0166/2015	11
9 Anträge	11
10 Anfragen	11
11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	12
11.1 EDEKA-Markt am Deutschen Eck, Meerbusch-Büderich und Frischemarkt in Meerbusch-Osterath	12
11.2 Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt	12
12 Termin der nächsten Sitzung: 19. März 2015	12
13 Verschiedenes	12

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	
Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied	
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied	
Frau Norma Köser-Voitz	Ratsmitglied	Vertreterin für Ratsfrau Schoppe
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Herr Franz-Josef Radmacher	Ratsmitglied	
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied	bis TOP 13
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied	
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied	

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied	
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied	

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joris Mocka	Ratsmitglied	ab TOP 7
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied	bis TOP 6
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied	

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Janßen	Ratsmitglied	Vertreter für Ratsherrn Eckert
------------------	--------------	--------------------------------

von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied	
--------------------------------	--------------	--

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter	
Herr Dr. Just Gérard	Beigeordneter	
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer	
Herr Heiko Bechert	Bereichsleiter Fachbereich 1	
Frau Tamara Biernacik	Zentrale Dienste	
Herr Thomas Fox	Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt	
Herr Claus Klein	Bereichsleiter Service Immobilien	
Herr Ulrich Mombartz	Vorsitzender Personalrat	
Frau Gabriele Parschau	Gleichstellungsbeauftragte	

Frau Heike Reiß
Frau Alice Wiegand

Wirtschaftsförderungsreferat
Referentin der Bürgermeisterin

Schriftführer

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Petra Schoppe

Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Michael Eckert

Ratsmitglied

von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Wolfgang Müller

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage auf 2 Unterlagen hin, die dem Ausschuss vor Sitzungsbeginn verteilt wurden. Es handelt sich um einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und Piraten zu Tagesordnungspunkt 5 und um einen Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion zu Tagesordnungspunkt 6.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es liegt keine Fragestellung vor.

2 Bürgeranregung nach § 24 GO bezüglich Ablehnung von TTIP, CETA und TiSA durch den Rat der Stadt Meerbusch Vorlage: BM/0148/2015

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als zuständiger Beschwerdeausschuss setzt den Tagesordnungspunkt in der vorliegenden Form mangels Beschlussfassungskompetenz ab.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert zunächst auf der Grundlage der vorliegenden Mitteilungen des Städte- und Gemeindebundes NRW und des gemeinsamen Positionspapiers der kommunalen Spitzenverbände die Nichtzuständigkeit der Stadt hinsichtlich einer Beratung und Entscheidung zu dem vorliegenden Bürgerantrag der Gewerkschaft ver.di, da es an einem kommunalen Bezug in der Angelegenheit fehle.

Da das Gewerkschaftsanliegen aus ihrer Sicht nachvollziehbar sei, bittet Ratsfrau Niederdellmann-Siemes um Herstellung eines kommunalen Bezuges im Sinne von ver.di und um positive Entscheidung. Diese müsse nicht unbedingt in der heutigen Ausschusssitzung getroffen werden. Dies könne nach Abstimmung unter den Fraktionen auch in der kommenden Ratssitzung erfolgen.

Ratsherr Rettig weist darauf hin, dass der Antrag der Gewerkschaft in der vorliegenden Form abzulehnen sei. In anderen Städten sei diese Frage durch einen eigenen Antrag zur Herstellung des kommunalen Bezuges gelöst worden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss habe einen gleichlautenden Gewerkschaftsantrag abgelehnt, im Kreisausschuss hingegen sei eine Resolution dahingehend beschlossen worden, als man das Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände unterstütze.

Ratsherr Damblon weist den Antrag der Gewerkschaft zurück. Die Entscheidung in dieser Angelegenheit sei von übergeordneten Gremien zu treffen.

Im Ausschuss besteht insgesamt Einigkeit, den Antrag der Gewerkschaft ver.di zwar zurückzuweisen, jedoch ähnlich wie der Rhein-Kreis Neuss durch die Verabschiedung einer Resolution auf der Grund-

lage des Papiers der kommunalen Spitzenverbände in der nächsten Sitzung des Rates am 26.02.2015 ein Zeichen zu setzen.

3 Bürgeranregung nach § 24 GO NRW zur Gestaltungssatzung Nr. 12 für den Ortskern des Stadtteils Osterath
Vorlage: FB4/0165/2015

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss des Rates verweist die Bürgeranregung gemäß §24 GO NRW an den Ausschuss für Planung und Liegenschaften mit der Empfehlung, über die im Rahmen des Antrages vorgebrachte Anregung zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Rettig nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Beratungsvorlage. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

4 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW zur Versetzung der Glas- und Papiercontainer an der Kantstr. 23-27, Meerbusch-Büderich
Vorlage: FB1/0163/2015

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist die Bürgeranregung gemäß §24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss mit der Empfehlung, über die im Rahmen des Antrages vorgebrachte Anregung zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert das Verfahren hinsichtlich der weiteren Beratung im zuständigen Bau- und Umweltausschuss.

Der anwesende Vertreter der Petenten verzichtet darauf, den Bürgerantrag mündlich zu erläutern.

5 Errichtung von Unterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern
- Aufhebung des Sperrvermerks
- Standortfrage
Vorlage: SIM/0158/2015

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss hebt den Sperrvermerk zur Errichtung von Unterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern (Produkt 10.111.140 – Technisches Gebäude-

management, Sachkonto 78510000 – 7.010.12096.710.001 Flüchtlingsunterkunft) auf.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
Die Aktiven	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	17	1	

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und Piraten mit folgendem Beschlussvorschlag vor:

1. Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beauftragt die Verwaltung zeitnah darzulegen, welche Bemühungen die Verwaltung bisher unternommen hat, Wohnungen für Flüchtlinge anzumieten.
2. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, ab sofort bedarfsorientiert Wohnungen geeigneter Größen für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in allen Meerbuscher Stadtteilen anzumieten.
3. Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Errichtung einer Asylbewerberunterkunft in Massivbauweise an der Insterburger Str. für max. 50 Personen zeitnah zu planen, auszuschreiben und umzusetzen.
4. Ferner wird die Verwaltung beauftragt, die Eignung der Städt. Erwin-Heerich-Grundschule zum Umbau in eine Asylbewerberunterkunft ab Herbst 2016 für max. 75 Personen zu prüfen und das Ergebnis in diesem Ausschuss / im Sozialausschuss / im Rat darzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD			3
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
Die Aktiven			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin			
Gesamt	1	13	4

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage gibt zunächst einen Hinweis auf die Beratung und Beschlussfassung in der letzten Sitzung des Sozialausschusses am 03.02.2015 mit dem dort beschlossenen Änderungsantrag der SPD und dem für die heutige Sitzung vorgelegten Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und Piraten. Auf entsprechende Nachfragen der Ratsherren Staudinger-Napp und Rettig führt sie weiterhin aus, dass die Räume der ehemaligen Sparkasse an der Witzfeldstraße wegen mangelnder Belichtung nicht für eine Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen geeignet sei sowie die in der Presse vom 13.02.2015 dargestellten Anteile von untergebrachten Flüchtlingen nicht zu-

treffend seien. Die Zuweisungen der Personenzahlen richteten sich nach dem sog. Königsteiner Schlüssel.

Ratsherr Rettig bittet weiter um Auskunft, ob die Verwaltung am Markt schon Abfragen nach Modellen für Raumzellenbauweise zur Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber vorgenommen habe.

Herr Klein erläutert, dass in der vorgesehenen Ausschreibung jeweils Wohneinheiten für 6 Personen mit Nebenräumen vorgesehen seien. Aufgrund der hohen Nachfrage rechne er jedoch mit möglichen Lieferschwierigkeiten. Nach bisherigen Berechnungen sei ein Kauf solcher Wohneinheiten wirtschaftlicher als eine Anmietung.

Ratsherr Peters stellt heraus, dass neben einer solchen Raumzellenbauweise ein Neubau in Massivbauweise oder der Umbau der Erwin-Heerich-Schule erforderlich sei.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage stellt klar, dass aufgrund des durch die Zuweisungszahlen bestehenden Zeitdrucks ein schnell umsetzbarer Bau von mobilen Wohneinheiten erforderlich sei. Daneben sei über den möglichen Standort für einen Festbau zu beraten. Aufgrund der Wohnungsstruktur im Stadtgebiet stehen nur wenige Wohnungen für die Belegung mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zu Verfügung. Die Verwaltung stehe mit allen Wohnungsbauträgern, insbesondere der GWH, im Dialog. Doch könnte die nur geringe Zahl der möglichen Wohnungen die Unterbringungsproblematik nicht lösen.

Ratsherr Damblon weist auf den zeitlichen Druck zur Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten hin. Insofern führe kein Weg an mobilen Bauten vorbei. Für die bisherigen Unterbringungsmaßnahmen spricht er der Verwaltung ein Lob aus.

Ratsherr Janßen kritisiert die bisherigen Planungen und bittet um konkrete Zahlen zur Unterbringung in Mietwohnungen. Nach seiner Darstellung fehle im bisherigen Beschlussvorschlag der Verwaltung die Nennung von Alternativen. Eine Unterbringung von Personen in Wohncontainern sei menschenunwürdig.

Diese Kritik wird von den Ratsherren Rettig und Peters zurückgewiesen. Moderne Mobilbauten seien keineswegs menschenunwürdig und werden sogar erfolgreich z.B. zur zeitweisen Unterbringung von Patienten während Umbauarbeiten in Krankenhäusern eingesetzt. Neben der reinen Unterbringung der Menschen sei deren sozialpädagogische Betreuung immens wichtig.

Auf Nachfragen hält Ratsherr Janßen den Änderungsantrag aufrecht, der dann als weitergehender Antrag zunächst zum Abstimmung gestellt wird.

6 IKM - Immobilienkonzept Meerbusch **Vorlage: SIM/0164/2015**

Die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Zur Beratung der einzelnen Teilmaßnahmen wird ein Arbeitskreis eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	1	

SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
Die Aktiven	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	17	1	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert zur Einführung in die Thematik, dass die heutige Vorlage eines Immobilienkonzeptes zu einer grundsätzlichen Behandlung mit dem Thema und anschließend zu einer Entscheidung führen sollte. Eine haushaltsverträgliche Umsetzung der Maßnahmen sei aus ihrer Sicht vor dem Hintergrund der finanziellen Lage der Stadt unbedingt erforderlich. Anschließend erläutert sie die einzelnen Raum- und Sanierungsbedarfe sowie die betroffenen Gebäude.

Anhand eines Folienvortrages, der der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, erläutert Herr Klein die einzelnen Varianten des Konzeptes. Dabei stellt er heraus, dass aus heutiger Sicht der Verwaltung die Variante C 1 am schnellsten umgesetzt werden könne. Dies könne in einem Zeitraum bis 2018 / 2019 geschehen.

Ratsherr Peters begrüßt die konzeptionelle Herangehensweise an das Thema. Eine Beratung und Entscheidung benötige jedoch Zeit. Er regt zudem an, einen Arbeitskreis zu bilden, der sich intensiver mit den Problematiken beschäftigen könne. Zudem sei die weitere Nutzung der Barbara-Gerretz-Schule bzw. des Grundstücks und angesichts der günstigen Kreditbedingungen auch die Wirtschaftlichkeit eines Neubaus einer zentralen Verwaltungsstelle zu prüfen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage bestätigt, dass es bei der Umsetzung der Maßnahmen bzgl. der Verwaltungsstellen keinen Zeitdruck gebe. Ein möglicher Verwaltungsneubau sei zwar intern diskutiert, nach Abwägung jedoch nicht vorgeschlagen worden. Auf Nachfrage von Ratsherrn Staudinger-Napp erklärt sie, dass eine mögliche Neugestaltung des Dr.-Franz-Schütz-Platzes in das integrierte Stadtentwicklungskonzept einbezogen werde. Insgesamt rege sie die Einrichtung eines Arbeitskreises zum Immobilienkonzept an.

Ratsherr Damblon bittet darum, in der heutigen Sitzung aufgrund des bestehenden hohen Beratungsbedarfs noch keine Entscheidung zu treffen. Eine mögliche weitere Zersplitterung der Verwaltungsstellen verbunden mit einer größeren räumlichen Entfernung zur Verwaltungsspitze sollte vermieden werden.

Auch Ratsfrau Niederdellmann-Siemes sieht wegen der hohen Komplexität des Themas erheblichen Beratungsbedarf, auch wenn klar sei, dass sich insgesamt im städtischen Immobilienbereich etwas tun müsse. Hinsichtlich der derzeit angemieteten Gebäude sei die zeitliche Mietbindung zu prüfen.

Herr Klein antwortet hierzu, dass die bestehenden Mietverhältnisse jährlich gekündigt werden könnten.

Ratsherr Rettig erläutert anschließend den Änderungsantrag der FDP-Fraktion.

Ratsherr Eimer bittet darum, zunächst die Raumbedarfe der Schulen anzugehen, um eine bessere Betreuung der Schüler im offenen Ganztag sicherstellen zu können. Hinsichtlich der weiteren Nutzung der Barbara-Gerretz-Schule sei auch eine vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern denkbar.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage regt eine Entscheidung hinsichtlich der Schulen bis Jahresmitte 2015 an.

Ratsherr Janßen bittet um Angabe, ob eine vorübergehende Unterbringung von Verwaltungsdienststellen in Containern möglich sei.

Herr Klein führt hierzu aus, dass zwar möglich, aufgrund der Kosten jedoch nicht wirtschaftlich vertretbar sei.

Ratsherr Radmacher kritisiert die fehlende Einbindung der Archivunterbringung innerhalb des derzeitigen Konzepts. Hier müsse der Rhein-Kreis Neuss unbedingt beteiligt werden, um zu einer Verbesserung der räumlichen Unterbringung des Stadtarchivs zu kommen. Dies könne evtl. auch in Verbindung mit der Einrichtung eines stadthistorischen Museums in der Trägerschaft des Kreises hier vor Ort erfolgen.

Ähnlich wie Ratsherr Eimer bittet auch Ratsfrau Kox um eine vorrangige Bedienung der Raumbedarfe für die Betreuung im offenen Ganztage der Schulen. Eine Unterbringung von Asylbewerbern in der Barbara-Gerretz-Schule lehnt sie jedoch ab.

Auf Anregung von Bürgermeisterin Mielke-Westerlage ergibt sich abschließend ein mehrheitlicher Beschluss zur Vertagung und Einrichtung eines Arbeitskreises.

7 Erneuerung der EDV - Verkabelung im Techn. Rathaus, Meerbusch - Lank, Wittenberger Str. 21
Vorlage: SIM/0146/2014

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss hebt den Sperrvermerk für die Erneuerung der EDV – Verkabelung (Produkt 10.111.140 – Technisches Gebäudemanagement, Sachkonto 52152000 - Größere Instandsetzungsmaßnahmen) auf. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme zu planen, auszuschreiben und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Ratsherren Damblon und Mocka bitten um weitere Erläuterung der dargestellten Kosten, da diese recht hoch erscheinen.

Herr Klein führt aus, dass die erforderlichen Arbeiten im Bestand des Gebäudes und während des laufenden Betriebs der Verwaltung dort erfolgen müssten. Dies verursache einen höheren Aufwand im Vergleich zu Arbeiten, die in einem Neubau bzw. in einem ungenutzten Gebäude erfolgen könnten. Die Einbindung eines Planungsbüros, das Honorare nach der HOAI abrechne, sei erforderlich, da der Service Immobilien nicht über ausreichende qualitative und quantitative Personalkapazität verfüge, um die Arbeiten selbst ausführen zu können.

Ratsherr Janßen bittet um Angabe, ob auch eine Lösung über ein W-LAN möglich sei und die Ausschreibung insofern u.U. geändert werden könne.

Herr Klein sagt zu, dies zu prüfen.

Ratsherr Staudinger-Napp bittet um Angabe, ob nicht die ITK Rheinland in die erforderlichen Arbeiten einzubeziehen sei und damit eine Kostenreduzierung erfolgen könne.

Herr Klein erläutert hierzu, dass die ITK lediglich für die Betreuung und Pflege der eingesetzten Verfahren und der bei sich im Hause eingesetzten Technik zuständig sei. Die technische Ausrüstung der Anwendergemeinden mit Verkabelungen u.ä. sei Aufgabe der jeweiligen Einzelverwaltungen.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt wird die Sitzung zwischen 19.20 – 19.30 Uhr unterbrochen.

8 Einführung der digitalen Gremienarbeit **Vorlage: ZD/0166/2015**

Die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird einstimmig vertagt.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Beratungsvorlage und ergänzt hierzu, dass ein aktuelles Angebot für die Beschaffung der iPads in Höhe von ca. 490,-- Euro vorliege. Für die Umstellung zur digitalen Gremienarbeit sei die Zustimmung des einzelnen Ratsmitglieds und sachkundigen Bürgers jeweils erforderlich sowie eine noch zu formulierende Anpassung der Geschäftsordnung des Rates. Die Eigenbeteiligung der Ratsmitglieder solle 250,-- EURO betragen. Sie schlage vor, den letzten Satz des Beschlussvorschlags so abzuändern, dass mit der Einführung der digitalen Gremienarbeit ab dem 01.01.2016 bei allen Rats- und Ausschusssitzungen auf Papierausfertigungen verzichtet werden soll, *soweit das Einverständnis der Rats- bzw. Ausschussmitglieder vorliegt.*

Im Anschluss ergibt sich im Ausschuss eine lebhafte Diskussion über die Erforderlichkeit und Zulässigkeit eines Eigenanteils, zu Alternativen zum Eigenanteil, zu der vorgesehenen Druckkostenpauschale für sachkundige Bürger, zu möglichen Verlusten und Beschädigungen der iPads, zum Einsatz von derzeitigen Eigengeräten und zur möglichen weiteren individuellen Ausstattung der iPads.

Ratsherr Damblon verweist im Rahmen dieser Diskussion auf die bisherige erfolgreiche Testphase, die gezeigt habe, dass sich die Gremienarbeit zwar verändere, aber viele positive Potentiale biete. Insgesamt solle bei einer Entscheidung jedoch ein größtmöglicher Nutzen durch eine möglichst umfangreiche Umstellung ergeben können. Hierzu sei eine breite Mehrheit erforderlich, die sich wohl in der heutigen Sitzung nicht erzielen lasse. U.U. müsse die Umstellung mit Zwischenschritten erfolgen.

Ratsherr Radmacher wünscht eine schriftliche Abfrage bei allen Rats- und Ausschussmitgliedern, wer ein iPad einsetzen wolle.

Insgesamt besteht auf entsprechende Nachfrage von Bürgermeisterin Mielke-Westerlage der Wunsch zur Vertagung der Angelegenheit.

9 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

10 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

11.1 EDEKA-Markt am Deutschen Eck, Meerbusch-Büderich und Frischemarkt in Meerbusch-Osterath

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage informiert über ein Gespräch mit dem Eigentümer des EDEKA-Marktes am Deutschen Eck. Danach bleibe das Geschäft voraussichtlich bis zum Jahresende 2015 geöffnet, da der Betreiber vertraglich an einer früheren Schließung gehindert sei. Dies gelte auch für den Backshop im Markt. Derzeit seien Gespräche mit einem potentiellen Nachfolgebetreiber im Gange, der geänderte Betriebszeiten anstrebe. Die Verwaltung stehe diesem Ansinnen nicht negativ gegenüber, da der Markt ein wichtiger Bestandteil sei, um Kunden auch für die übrigen Geschäfte dort zu gewinnen.

Der Frischemarkt in Meerbusch-Osterath könne voraussichtlich erst im November tatsächlich in Betrieb gehen, da sich die erforderliche äußere Erschließung des Grundstücks verzögere und auch die Fertigstellung des Blockheizkraftwerkes, das die Energie für den Markt liefere, nicht vorher absehbar sei. Vor diesem Hintergrund sei natürlich auch der Weiterbetrieb des EDEKA-Marktes am Deutschen Eck mehr als wünschenswert.

Der Ausschuss nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

11.2 Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage informiert über die anstehende Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW, die im Zeitraum April – Oktober 2015 für die Jahre 2010 – 2013 erfolge. Prüfungsschwerpunkte seien die Bereiche Finanzen, Personal, Sicherheit und Ordnung, Tagesbetreuung für Kinder, Schulen, Grünflächen und der Gesamtabschluss. Ein Vorgespräch mit den Prüfern erfolge Ende März 2015.

Der Ausschuss nimmt diese Information zur Kenntnis.

12 Termin der nächsten Sitzung: 19. März 2015

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 19. März 2015 statt.

13 Verschiedenes

Es liegt keine Wortmeldung vor.

Meerbusch, den 27. Februar 2015

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Wolfram Olbertz
Schriftführer/in